

# Elfte Sitzung des Runden Tisches gegen Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens am 17. April 2024

## – öffentliches Protokoll –

### Teilnehmende:

- amira - Beratung bei Diskriminierung wegen (zugeschriebener) Herkunft und Religion
- Beauftragter für jüdisches Leben und die Bekämpfung und Prävention von Antisemitismus
- Behörde für Inneres und Sport
- Behörde für Kultur und Medien
- Behörde für Schule und Berufsbildung
- Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration
- Behörde für Justiz und Verbraucherschutz
- Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke
- empower - Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
- Jüdische Gemeinde in Hamburg KdöR
- Josef-Carlebach-Bildungshaus
- Institut für die Geschichte der deutschen Juden
- Landeszentrale für politische Bildung
- Israelitischer Tempelverband zu Hamburg e.V.
- Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus
- Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte
- Senatskanzlei

### TOP 1: Begrüßung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und gibt einige organisatorische Hinweise.

### TOP 2: Bericht über den Sachstand der Arbeitsgruppe Frühe Bildung

Die Sozialbehörde informiert über die Überarbeitung der Bildungsempfehlungen.

### TOP 3: Schwerpunkt: Auswirkungen des 7. Oktober 2023. Gastvortrag von Marina Chernivsky: 7. Oktober 2023 - eine tiefe Zäsur für die jüdische Gemeinschaft in Deutschland. Herausforderungen und Bedarfe in Prävention und Beratung.

Marina Chernivsky ist Psychologin und Verhaltenswissenschaftlerin. Sie leitet das Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment, das sich mit antisemitismuskritischer Bildung und Forschung beschäftigt und 2014 in Berlin gegründet wurde. Zudem ist sie Gründerin und Direktorin der Beratungsstelle OFEK e.V., der ersten Fachberatungsstelle in Deutschland, die sich auf Antisemitismus und Community-basierte Betroffenenberatung spezialisiert hat. OFEK e.V. unterstützt Betroffene antisemitischer Vorfälle und bringt jüdische Perspektiven in gesellschaftliche Debatten ein.

Frau Chernivsky legt dar, dass der 7. Oktober ein soziologischer Begriff geworden ist, der für kollektive Gewalt gegen Jüdinnen und Juden steht. Die psychologischen Auswirkungen des Terroranschlags auch auf die jüdische Gemeinschaft in Deutschland werden durch eine wachsende antisemitische Bedrohung verstärkt. Dies führt dazu, dass viele Menschen ihre

jüdische Identität verstecken. Antisemitischer Aggressionen normalisieren sich zunehmend in allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere im Bildungswesen, wo Antisemitismus oft ignoriert wird. Gleichzeitig gibt es eine wachsende Bereitschaft von Institutionen, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen.

In den letzten sechs Monaten verzeichnete OFEK e.V. mit 1333 Fällen, von denen 987 antisemitische Vorfälle betrafen, mehr Beratungsfälle als in den sechs Jahren zuvor. Die Referentin empfiehlt die Entwicklung von Krisen- und Schutzkonzepten für Schulen und jüdische Einrichtungen. In der Fragerunde berichtet sie von anonymisierten Fällen und aktuellen Studien.

#### TOP 4: Tätigkeitsbericht des Antisemitismusbeauftragten

Der Antisemitismusbeauftragte stellt in seinem Tätigkeitsbericht eine erhebliche Zunahme von Anfragen von Betroffenen, der Zivilgesellschaft, Fachbehörden, Schulen und der Presse seit dem 7. Oktober 2023 dar. Er verweist auf einen starken Anstieg antisemitischer Straftaten in Hamburg, der sich auch im zweiten Quartal 2024 fortzusetzen scheint und geht von einem hohen Dunkelfeld aus. Die Bedrohungslage für Jüdinnen und Juden in Deutschland und auch in Hamburg hat sich seit dem Angriff des Iran auf Israel am 13. April 2024 weiter verschärft.

Zudem tagte die Bund-Länder-Kommission und es kam zu einem antisemitischen Vorfall bei der Eröffnung der Jahresausstellung der Hochschule für Bildende Künste (HfbK). Der Antisemitismusbeauftragte war inhaltlich in eine Auseinandersetzung mit der Kulturfabrik Kampnagel involviert und führte seine jährliche Bildungsreise im Februar aufgrund des Angriffs der Hamas vom 7. Oktober 2023 statt nach Israel nach New York City durch.

#### TOP 5: Bericht der Jüdischen Gemeinde in Hamburg (JGHH) über die Folgen des 7. Oktobers für Jüdinnen und Juden in Hamburg

Die jüdische Gemeinde betont den Unterschied zwischen gefühlter und tatsächlicher Sicherheitslage und lobt die Sicherheitsbehörden für Maßnahmen, die Vorfälle wie in Berlin verhindert haben. Sie steht weiterhin in engem Austausch mit Innenbehörde, Staatsschutz, Senatskanzlei und Sicherheitsbehörden. Zudem betont sie den Wunsch nach verbindlichen Fortbildungen im frühkindlichen und schulischen Bereich sowie nach mehr gesellschaftlicher Solidarität mit Jüdinnen und Juden.

#### TOP 5: Bericht aus der Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens am 4. und 5. März 2024

Der Referent des Antisemitismusbeauftragten erörtert, dass die Antisemitismusbeauftragten aller Bundesländer einen stark grassierenden Antisemitismus beobachten. Die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden sowie den jüdischen Gemeinden wird allgemein als positiv gewertet. Die Geschäftsstelle der Bund-Länder-Kommission stellte eine neue Intranet Plattform für eine verbesserte Kommunikation zwischen den Antisemitismusbeauftragten der Länder vor.

#### Top 6: Bericht über den Sachstand der Landesstrategie gegen Antisemitismus

Die BWFGB berichtet über den aktuellen Sachstand. Nach der Behördenabstimmung wird die Landesstrategie in dieser Legislaturperiode fertig gestellt werden.

#### TOP 7: Bericht aus der Arbeitsgruppe Schule des Runden Tisches gegen Antisemitismus

Die Schulbehörde erhält zahlreich Anfragen, es werden jedoch wenige konkrete antisemitische Vorfälle gemeldet. Es besteht kein verpflichtendes Meldewesen, jedoch sind Schulleitungen sensibilisiert und die Meldekette bekannt. Beratungen werden innerhalb von 1-2 Tagen eingeleitet, bei Bedarf gemeinsam mit dem Team Gewaltprävention. Es gibt viele Fortbildungsanfragen, insbesondere zum Umgang mit problematischen Äußerungen und zur Thematisierung des Nahostkonflikts.

Die AG Schule diskutiert derzeit Themen der Kultusministerkonferenz, um im Falle eventueller Leerstellen Empfehlungen zu geben. Eine grundlegende Idee ist die Etablierung einer Bildungsstelle zur Antisemitismusbekämpfung. Für Lehrkräfte und Schulen wurden verpflichtende Module für alle Phasen der Lehrkräftebildung diskutiert.

Zudem besteht der Wunsch nach weiteren Reiseformaten und einer Verstärkung des deutsch-israelischen Jugendaustauschs. Die AG Schule hat auch das Thema Prävention im Bereich der Medien diskutiert, das um Antisemitismusprävention ergänzt werden könnte.

#### TOP 9: Verschiedenes

Der Israelitische Tempelverband zu Hamburg berichtet von einer Zoom-Veranstaltung aus 2023 zu Handlungsimpulsen für die Arbeit mit jungen Menschen.